

Der LBT zu den tragischen LKW-Unfällen auf der A6

LBT München, 20.05.2016

Die beiden schweren und tragischen LKW-Unfälle auf der Autobahn A6 bei Nürnberg in dieser Woche haben wieder das Thema Verkehrssicherheit schwerer LKW in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Hierzu nimmt der Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen (LBT) e.V. wie folgt Stellung:

Jeder einzelne Verkehrsunfall mit Personenschaden, wie in dieser Woche wieder passiert, ist tragisch und für die Betroffenen mit unsäglichem persönlichem Leid verbunden. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Angehörigen der Opfer und auch den Helfern von Polizei und Rettungsdiensten, die dabei oft an ihre psychischen und physischen Grenzen gelangen. Bei aller Dramatik der Geschehnisse darf jedoch nicht übersehen werden, dass der Schwerverkehr in Deutschland und Europa in den letzten Jahren Quantensprünge bei der Verkehrssicherheit gemacht hat. So hat sich beispielsweise die Anzahl der bei Verkehrsunfällen mit LKW-Beteiligung getöteten Menschen auf Deutschlands Straßen im Zeitraum von 1992 bis 2014 um 59,7 Prozent verringert. Die Anzahl der Schwerverletzten bei Unfällen mit LKW-Beteiligung verringerte sich im selben Zeitraum um 45,8 Prozent. Es darf auch nicht vergessen werden, dass im selben Zeitraum die Transportleistung um 85,3 Prozent zugenommen hat. Jeder schwere Unfall ist und bleibt einer zu viel, dennoch dürfen einzelne tragische Ereignisse nicht zum Anlass genommen werden, um eine gesamte Branche, die tagtäglich im Dienste von Wirtschaft und Bevölkerung unterwegs ist, ins Zwielflicht zu rücken, wie es in den letzten Tagen von einigen Kommentatoren und Politikern erfolgte. Es hilft auch nichts, pauschale Verdächtigungen in Richtung der Unternehmer zu äußern, welche angeblich ihre Fahrer zwingen, die einschlägigen Sozialvorschriften zu umgehen. „Wir lassen uns nicht kriminalisieren! Seit 2006 werden die Lenk- und Ruhezeiten digital aufgezeichnet und kontrolliert, der Straf- und Bußgeldrahmen wurde Schritt für Schritt drastisch ausgeweitet, so dass Unternehmer und Fahrer, welche systematischen Gesetzesbruch begehen, ihre Existenz aufs Spiel setzen. Zu unterstellen, dies sei ein gängiges Geschäftsmodell, geht an der Realität vorbei und diskreditiert eine ganze Branche“, sagt LBT-Präsident Hans Wormser. „Wenn z.B. das Bundesamt für Güterverkehr

Georg-Brauchle-Ring 91
80992 München
Tel. (089) 12 66 29-0
Fax (089) 12 66 29-25
E-Mail: info@lbt.de
Internet: www.lbt.de

PRESSE- INFORMATION

München, 20.05.2016

Verantwortlich:
Ass. Sebastian Lechner
Abdruck honorarfrei
Beleg erbeten

(BAG) bei Straßenkontrollen systematische Verstöße gegen die Sozialvorschriften bis hin zu Manipulationen des Kontrollgerätes feststellt, fordern wir, dass die betroffenen Unternehmen und deren Fahrer sofort, konsequent und europaweit aus dem Verkehr gezogen werden“, so Wormser. Nötig sei weiterhin ein beschleunigter Ausbau der LKW-Rastplätze an den Autobahnen. „Unsere Fahrer müssen auch in der Lage sein, ihre gesetzlichen Ruhezeiten einzuhalten, dazu gehören zwingend ausreichende und sozialadäquate Rastmöglichkeiten an den Autobahnen“, so Wormser. Auch in den für Neufahrzeuge obligatorischen Fahrerassistenzsystemen sowie in der Optimierung und Digitalisierung der Verkehrstelematik sieht der Verband ein weiteres Potenzial zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Einer Nachrüstpflicht für Bestandsfahrzeuge erteilt der Verband eine Absage: „Zum einen erfordert dies einen erheblichen Eingriff in die Bordelektronik, was bei vielen Fahrzeugen gar nicht möglich wäre. Zum anderen würde eine Nachrüstpflicht nur auf europäischer Ebene Sinn machen. Auf den großen Transitrouten, wie zum Beispiel der A6 sind zu 90% Prozent ausländische, insbesondere osteuropäische LKW unterwegs, eine Nachrüstung nur in Deutschland wäre insoweit sinnlos“, so Hans Wormser. Auf europäischer Ebene fordert der Verband im Rahmen der in diesem Jahr anstehenden Gesetzgebung zum europäischen Marktzugang zwingend eine Revision der Regelungen zur Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit der Europäischen Verträge. „Wenn ganze LKW-Flotten und deren Fahrer, insbesondere osteuropäischer Herkunft, wochen- und monatelang in Westeuropa unterwegs sind und dabei keine Berührung mit ihren Herkunftsstaaten haben, darf es niemanden wundern, wenn wir es zunehmend mit modernen Arbeitsnomaden zu tun haben, die ihre Wochenenden auf Rastplätzen und in Gewerbegebieten zubringen und sozial entwurzelt werden“, so der Verband. „Wer den Schwerpunkt seiner gewerblichen Tätigkeit in Deutschland und Westeuropa hat, muss sich auch nach den hier geltenden Standards behandeln lassen, das gilt für Unternehmen und deren Personal, ansonsten würden die europäischen Regelungen zur Niederlassungspflicht für Unternehmen und zur Arbeitnehmerentsendung ins Leere laufen und Sozialmissbrauch Tür und Tor geöffnet“, so der LBT. „Leider akzeptiert die EU gegenwärtig noch nicht einmal die Geltung des deutschen Mindestlohns für ausländische Fahrer, die grenzüberschreitend in Deutschland eingesetzt werden. Dementsprechend ist auch die eigentlich bestehende Meldepflicht für die betreffenden Unternehmen im wahrsten Sinne des Wortes ein Papiertiger. Wenn das die Zukunft Europas sein sollte, macht sich die Politik mitschuldig an bestehenden und künftigen Missständen“, meint der LBT-Präsident.